

Niederschrift

über die 11. Sitzung (öffentlicher Teil)
der Bezirksvertretung Münster-Ost
am Donnerstag, **25.11.2010**, 17:02 Uhr - 18:43 Uhr,
Haus Münsterland, Immelmannstraße 37, 48157 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Balsliemke, Stefan Gottkehaskamp, Martina Klimek, Dr. Katrin Peitz, Elke von Göwels, Walter von Göwels, Thomas Werth, Jochen Zippelius,

von der SPD-Fraktion

Jörg Koltermann, Marion Mix, Renate Schmitz, Ludger Steinmann,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Renate Paschert, Meinolf Sellerberg,

von der FDP-Fraktion

Robert Fraude, Kurt Moths,

von der UWG-MS

Anton Hans-Elmar Niewöhner,

von der Verwaltung

Klaus Ehling, Dr. Jürgen Langenberg, Ludger Watermann, Ulrich Winter,

für die Schriftführung

Karin Groh,

für die Stenogrammaufnahme

Monika Janczak,

Es fehlten:

Dirk Heidemeyer (CDU), Jörn Möltgen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL),

Gast:

Frau Daniela Kaminski vom Förderverein Münster-Ost

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 11. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) der Bezirksvertretung Münster-Ost am 25.11.2010

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung****1. Eingänge und Mitteilungen****2. Anhörungen**

- 2.1. Anhörung gemäß § 37 Abs. 4 GO NW zum Entwurf des Haushaltsplans 2011 sowie der Ergebnis- und Finanzplanung bis 2014
hierzu: Anträge der FDP-Fraktion

V/0771/2010
II

- 2.2. Änderung der Straßenreinigungssatzung

V/0678/2010
IV

- 2.3. Rahmenkonzept zur Schulentwicklungsplanung

V/0678/2010/1
IV

- 2.3.1. Rahmenkonzept zur Schulentwicklungsplanung

V/0783/2010
V

- 2.4. Änderung der Satzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Münster
Änderung der Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Münster

3. Berichte

V/0572/2010
III

- 3.1. Planung eines gemeinsamen Geh- und Radweges zwischen Dortmund-Ems-Kanal-Brücke und Sudmühlenstraße

V/0707/2010
III

- 3.2. Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2009 bis 2020 der Stadt Münster

V/0809/2010
III

- 3.3. Geplante Veranlagungen in 2011 zu Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und Straßenbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) im Bereich der Bezirksvertretung Münster-Ost

V/0839/2010
V

- 3.4. Mobilfunksendeanlagen in Münster;
neuer geplanter Standort im Stadtgebiet Münster-Ost

- 3.5. Stadtteilmarketing in Münster-Ost
Bericht der Vorsitzenden des Fördervereins Münster-Ost, Frau Daniela Kaminski
4. **Stellungnahme der Verwaltung zu Anfragen von Mitgliedern der Bezirksvertretung und Abgabe neuer Anfragen**
5. **Stellungnahme der Verwaltung zu Anregungen der Bezirksvertretung/von Mitgliedern und Abgabe neuer Anregungen/Anträge**
6. **Verschiedenes**

Frau **Klimek** eröffnete die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Ost um 17:02 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder der Bezirksvertretung, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse. Frau **Klimek** gratulierte Herrn Zippelius nachträglich zum Geburtstag.

Herr **Gottkehaskamp** beantragte, den Punkt 3.3 der Tagesordnung Vorlage Nr. V/0809/2010 „Geplante Veranlagungen in 2011 zu Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und Straßenbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) im Bereich der Bezirksvertretung Münster-Ost“ in die nächste Sitzung zu schieben. Das Tiefbauamt solle zur nächsten Sitzung eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Maßnahmen vorlegen. Hierzu bestand Einvernehmen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Frau **Klimek** teilte Folgendes mit:

- Am 07.11.2010 besuchte sie die Heimatgruppe Gelmer anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens.
- Am 12.11.2010 nahm sie an der Gedenkfeier zum Volkstrauertag in der Lützow-Kaserne teil. Am gleichen Tag fand nachmittags die traditionelle Gedenkfeier der Bezirksvertretung auf dem „Russenfriedhof“ statt; Herr Militärfarrer Ullrich sprach zum Gedenken an die dort Begrabenen und ein junger Soldat verlas die durch einen Handorfer Historiker recherchierten 50 Namen sowie Geburts- und Todesdatum der ehemaligen russischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter.
- Am 14.11.2010 fand die Gedenkfeier der Bezirksvertretung zum Volkstrauertag am Ehrenmal in Handorf mit reger Beteiligung der Bürgerschaft statt.
- Die Bürgersprechstunde am 16.11.2010 in der Pleisterschule in St. Mauritz wurde schwach frequentiert. Lediglich ein Bürger regte an, den Ausbau der Schultoiletten voran zu bringen.
- Sie empfahl eine private Initiative „Wunschbaum Aktion 2010“, deren Erlöse den Kindern im Vinzenzwerk zugedacht seien. (Informationen per Email)
- Eine Broschüre des „Hospiz LebensHaus“ wurde allen zur Kenntnis gegeben.

- Eine Stellungnahme des Stadtdirektors Herrn Schultheiß zur aktuellen Berichterstattung in der Münsterschen Zeitung bezüglich der Justizvollzugsanstalt Münster lag allen Mitgliedern auf dem Tisch vor.

Frau **Groh** gab Folgendes bekannt:

- Das mobile Dialog-Display werde nach Mitteilung des Tiefbauamtes voraussichtlich am 15.12.2010 an der Dorbaumstraße in Fahrtrichtung Handorf (hinter Haus Nr. 111 - vor Einmündung Helweger Esch) aufgestellt.
- Im Teilergebnisplan stehen noch rund 17 500 Euro bezirkseigene Haushaltsmittel zur Verfügung. Nach derzeitigem Stand werde davon ausgegangen, dass diese Mittel in das Haushaltsjahr 2011 übertragen werden.
- In der letzten Sitzung wurde dem Verein Eintracht die Schutzhütte „Heidehof“ als Unterstand für den neuen Fußballtrainingsplatz überlassen. Darauf hin teilte die untere Landschaftsbehörde im Amt für Grünflächen und Umweltschutz mit, dass im Bereich des neu angelegten Trainingsfeldes besondere Schutzbestimmungen des Landschaftsplanes "Werse" gelten. Der Platz liege im Landschaftsschutzgebiet "Werse-Ems-Niederung, Kreuzbach, Angel und Wolbecker Tiergarten". Es sei dem Verein untersagt, auf dem Grundstück bauliche Anlagen wie Ballfangzäune, Flutlichtanlagen, Geräteschuppen etc. zu errichten. Dem Verein wurde daraufhin mitgeteilt, er habe vorab die Aufstellung der Schutzhütte zu beantragen. Der von der Bezirksvertretung gefasste Beschluss könne daher vorerst nicht umgesetzt werden. Es bleibe abzuwarten, ob die untere Landschaftsbehörde die Aufstellung der Schutzhütte genehmigt.
- Aktuell ging eine Bürgeranregung nach § 24 GO von Herrn Rene Lohe (Anr. Nr. 217/2010) ein (Tischvorlage). Der Antrag werde zur Prüfung und weiteren Bearbeitung an die Verwaltung verwiesen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 2.1 der Tagesordnung

**Anhörung gemäß § 37 Abs. 4 GO NW zum Entwurf des Haushaltsplans 2011 sowie der Ergebnis- und Finanzplanung bis 2014
hierzu: Anträge der FDP-Fraktion**

Grundlage der Beratung waren Anträge der FDP-Fraktion zu Vorschlägen aus der Ratsvorlage V/0438/2010, eingebracht in der Sitzung am 4.11.2010.

Herr **Gottkehaskamp** teilte mit, die CDU-Fraktion werde sich sowohl bei der möglichen Debatte als auch bei der Abstimmung enthalten, da sich alle Anträge auf die Ratsvorlage V/0438/2010 bezögen und die Bezirksvertretung nicht an der Beratung dieser Vorlage beteiligt sei.

Herr **Koltermann** beantragte die Einzelvorschläge der Anträge getrennt abzustimmen. Hierzu bestand Einvernehmen.

Herr **Koltermann** beantragte weiterhin, den Antrag zum Vorschlag 4 der Vorlage V/0438/2010 zu streichen, da dieser bereits erledigt sei. Hierzu bestand Einvernehmen.

Herr **Moths** beantragte:

„Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Folgenden Vorschlägen wird zugestimmt: 72, 160, 161, 168“

Vorschlag 72 wurde mit 3 Für-Stimmen (FDP, UWG-MS) und 14 Gegenstimmen abgelehnt.

Vorschlag 160 wurde mit 3 Für-Stimmen (FDP, UWG-MS) bei 14 Gegenstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) abgelehnt.

Vorschlag 161 wurde mit 2 Für-Stimmen (FDP), 8 Gegenstimmen (CDU) und 7 Enthaltungen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) abgelehnt.

Vorschlag 168 wurde mit 2 Für-Stimmen (FDP) und 15 Gegenstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) abgelehnt.

Herr **Koltermann** schlug vor, den Antrag zum Vorschlag 12 der Vorlage V/0438/2010 um das Wort „nur“ wie folgt zu ergänzen:

„Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Ergänzend zum Sparvorschlag wird die Verwaltung beauftragt, Gratulationen zum 90. und 95. Geburtstag nicht mehr nur durch Ratsmitglieder, sondern durch die Mitglieder der jeweiligen Bezirksvertretung durchführen zu lassen. Die Standards für die von den Bezirksvertretern zu überreichten Präsente werden abgesenkt. Die Kosten für diese Präsente werden aus Mitteln der Bezirksvertretung gedeckt.“

Herr **Moths** übernahm diesen Vorschlag.

Der ergänzte Antrag wurde mit 7 Für-Stimmen (SPD, FDP, UWG-MS) und 10 Gegenstimmen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) abgelehnt.

Herr **Koltermann** schlug vor, den Antrag zum Vorschlag 15 der Vorlage V/0438/2010 wie folgt zu ändern:

„Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Fraktionszuwendungen werden um 10 % statt nur um 3 % gekürzt.“

Herr **Moths** übernahm diesen Änderungsvorschlag.

Der so geänderte Antrag wurde mit 6 Für-Stimmen (SPD, FDP) und 11 Gegenstimmen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) abgelehnt.

Herr **Moths** legte folgenden Antrag zum Vorschlag 43 der Vorlage V/0438/2010 vor:

„Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der vorgeschlagenen konsequenten Schließung von Sporthallen in den Ferien wird nur soweit zugestimmt, als dass diese nicht im Rahmen von Ferienfreizeiten für Kinder benötigt werden. Außerdem muss auch in den Ferien bedarfsorientiert Hallenfläche für den Leistungssport bereitgehalten werden, um Trainingsausfälle zu vermeiden.“

Dieser Antrag wurde mit 6 Für-Stimmen (SPD, FDP) und 11 Gegenstimmen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) abgelehnt.

Herr **Moths** zog die Anträge zu den Vorschlägen 71 und 95 der Vorlage V/0438/2010 zurück und kündigte an, diese als Anfragen unter Punkt 4 der Tagesordnung einzubringen.

Herr **Moths** legte folgenden Antrag zum Vorschlag 159 der Vorlage V/0438/2010 vor:

„Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Sparvorschlag der Verwaltung wird im Grundsatz begrüßt. Allerdings wird die Verwaltung beauftragt, zu Beginn jeden Jahres der Bezirksvertretung eine Liste der geplanten Gehwegabsenkungen in ihrem Gebiet zur Entscheidung vorzulegen. Damit können die Bezirksvertreter diese Maßnahmen aufgrund der genauen Ortskenntnis auf ihre Notwendigkeit hin beurteilen und gegebenenfalls priorisieren.“

Dieser Antrag wurde mit 2 Für-Stimmen (FDP) bei 15 Gegenstimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) abgelehnt.

Die Bezirksvertretung Münster-Ost nahm den Entwurf des Haushaltsplans 2011 sowie die Ergebnis- und Finanzplanung bis 2014 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2.2 der Tagesordnung Änderung der Straßenreinigungssatzung V/0771/2010

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die „Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Münster (Straßenreinigungssatzung)“ wird beschlossen (Anlage zur Vorlage).

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

Punkt 2.3.1 der Tagesordnung Rahmenkonzept zur Schulentwicklungsplanung V/0678/2010 und V/0678/2010/1

Der Verlauf der bisherigen Beratung der Vorlage lag allen Mitgliedern vor.

Herr **Ehling** und Herr **Watermann** vom Amt für Schule und Weiterbildung stellten die Inhalte des Rahmenkonzepts zur Schulentwicklungsplanung, hier insbesondere auch konkret auf den Stadtbezirk Ost bezogene Daten und Fakten vor und beantworteten Nachfragen.

Herr **Moths** kündigte an, dass die FDP-Ratsfraktion noch weitere Veränderungsanträge im Laufe der Beratungskette zu dieser Vorlage stellen werde.

Die Bezirksvertretung beschloss mit 15 Für-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) bei 2 Enthaltungen (FDP), dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt das beiliegende Rahmenkonzept zur Schulentwicklungsplanung zur Kenntnis.
2. Die formulierten Leitlinien
 - 2.1 ein Schulangebot vorzuhalten, das dem Anspruch Münsters als Bildungs- und Wissenschaftsstadt gerecht wird,

- 2.2 Rahmenbedingungen zu schaffen, die jedem Kind die Möglichkeit bieten, sein individuelles Bildungspotenzial auszuschöpfen,
- 2.3 ein Schulangebot vorzuhalten, das gesellschaftliche Veränderungen und differenzierte Lebenssituationen berücksichtigt,
- werden als handlungsleitend für den Prozess der Schulentwicklungsplanung beschlossen.
3. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass die Vorschläge des Rahmenkonzeptes zum Teil weiterer Vorprüfungen und Konkretisierungen bedürfen und in der Umsetzung auch unterschiedliche zeitliche Perspektiven zu erwarten sind. Die Vorschläge betreffen
- strukturverändernde und infrastrukturelevante Maßnahmen (Ziffer 4),
 - strukturergänzende Maßnahmen / Prüfaufträge (Ziffer 5),
 - Sofortmaßnahmen (Ziffer 6).
4. Die Verwaltung wird beauftragt,
- 4.1 die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für eine integrierte 5-zügige städtische Gesamtschule zu prüfen. Dabei sind neben räumlichen Aspekten insbesondere die Auswirkungen auf andere Schulformen darzustellen,
- 4.2 ein Konzept für die Realisierung einer städtischen Produktionsschule zu entwickeln, die entweder zentral als Schulstandort oder dezentral in verschiedenen Stadtteilen angelegt ist,
- 4.3 zu überprüfen, an welchen Standorten eine Zusammenlegung/Auflösung von Grundschulen unter Berücksichtigung von pädagogischen sowie auch immobilien- und personalwirtschaftlichen Gesichtspunkten möglich ist,
- 4.4 die pädagogischen Modelle der Wartburg-Grundschule sowie der Grundschule Berg Fidel / Geistschule gemeinsam mit den Schulen weiter zu entwickeln sowie Kosten und Konsequenzen der Umsetzung darzulegen,
- 4.5 die Bereitschaft bestehender Schulen zur Gründung von Gemeinschaftsschulen zu ermitteln,
- 4.6 die Einrichtung einer internationalen Schule am Standort der Hugo-de-Groot-School aktiv zu unterstützen,
- 4.7 korrespondierend zu Vorgaben und Empfehlungen des Landes dem Rat bis Ende 2011 ein Konzept zur schrittweisen Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Inklusion) vorzulegen.
5. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis,
- 5.1 dass im Rahmen der qualitativen Schulentwicklungsplanung die strukturergänzenden Maßnahmen zur Schulsozialarbeit, Schulmüdigkeit und Schulverweigerung sowie zum Übergangsmanagement Kita / Schule und Schule / Beruf weiter entwickelt werden.
- 5.2 dass die Verwaltung auf der Grundlage des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung erstellten Anwendungsleitfadens zur systematischen und laufenden Flankierung der Schulentwicklungsplanung ein Bildungsmonitoring aufbauen wird (s. hierzu Beschluss des Rates vom 17.03.2010 zur Vorlage V/007/2010 „Weiterentwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Münster“). Dieses soll ergänzt werden um eine periodische Bildungsberichterstattung.
6. Die Verwaltung wird beauftragt,
- 6.1 nach den Erfahrungen des letzten Anmeldeverfahrens für Hauptschulen parallel zur Beschlussfassung über das Rahmenkonzept einen Beschlussvorschlag über die Reduzierung der Hauptschulen um zunächst 1 Schule vorzulegen,
- 6.2 kurzfristig Gespräche mit den städtischen Gymnasien aufzunehmen mit dem Ziel einer Neufestlegung der Zügigkeiten (Sek. I und Sek. II) zum Schuljahr 2012/2013,

- 6.3 dem Rat Vorschläge zur Neuausrichtung der OGTS-Standards vorzulegen. Diese sollen sich orientieren an
- ⇒ den tatsächlich vorhandenen Raumkapazitäten und deren Grenzen,
 - ⇒ Möglichkeiten multifunktionaler Raumnutzungen.
7. Die Anträge A-R/0005/2010 der CDU-Fraktion „Schulentwicklungsplanung: Beratung inhaltlich vorbereiten“ sowie A-R/0019/2010 der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Münsters Schullandschaft weiterentwickeln - ein Bildungsbericht für Münster für einen neuen Anfang in der Schulentwicklungsplanung“ sind erledigt.
8. Der Rat nimmt angesichts der äußerst schwierigen Haushaltslage zur Kenntnis, dass für die weitere Umsetzung der vorgenannten Beschlusspunkte nicht notwendigerweise zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Ziel der Verwaltung ist, mit der Schulentwicklungsplanung einhergehende qualitative Verbesserungen möglichst kostenneutral zu erreichen.
9. Der Rat nimmt die Ergebnisse der Elternumfrage zur Schulentwicklungsplanung zur Kenntnis.“

**Punkt 2.4 der Tagesordnung
V/0783/2010**

**Änderung der Satzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Münster
Änderung der Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Münster**

Herr **Steinmann** bat um Klärung der Frage, warum die Gebührensatzung in so kurzen Abständen immer wieder geändert wurde.

Die Bezirksvertretung beschloss mit 16 Für-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS) bei 1 Enthaltung (SPD), dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Münster vom 25.03.2008 wird beschlossen und tritt zum 01.01.2011 in Kraft (Anlage 1).
2. Die Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Münster vom 12.12.2003 einschließlich des Gebührentarifs vom 28.03.2008 als Bestandteil der Gebührensatzung wird beschlossen und tritt zum 01.01.2011 in Kraft (Anlage 2).

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten/Folgekosten.“

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte

**Punkt 3.1 der Tagesordnung
V/0572/2010**

Planung eines gemeinsamen Geh- und Radweges zwischen Dortmund-Ems-Kanal-Brücke und Sudmühlenstraße

Die Bezirksvertretung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 3.2 der Tagesordnung
V/0707/2010**

Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2009 bis 2020 der Stadt Münster

Die Bezirksvertretung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 3.3 der Tagesordnung
V/0809/2010**

Geplante Veranlagungen in 2011 zu Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und Straßenbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) im Bereich der Bezirksvertretung Münster-Ost

Die Vorlage wurde in die nächste Sitzung verschoben.

**Punkt 3.4 der Tagesordnung
V/0839/2010**

**Mobilfunksendeanlagen in Münster;
neuer geplanter Standort im Stadtgebiet Münster-Ost**

Die Bezirksvertretung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3.5 der Tagesordnung

**Stadtteilmarketing in Münster-Ost
Bericht der Vorsitzenden des Fördervereins Münster-Ost, Frau Daniela Kaminski**

Frau **Kaminski** stellte das Konzept zum Stadtteilmarketing in Münster-Ost vor und gab einen Ausblick auf künftige Handlungsschwerpunkte. Sie dankte der Bezirksvertretung für die finanzielle Unterstützung.

Punkt 4 der Tagesordnung

Stellungnahme der Verwaltung zu Anfragen von Mitgliedern der Bezirksvertretung und Abgabe neuer Anfragen

Es lagen keine Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen vor.
Folgende neue Anfragen wurden eingebracht:

Anfrage Nr. AFO/0006/2010
FDP-Fraktion
Herr Moths

Prüfung Aufgabe Bezirksverwaltungsstelle Ost

„Ist unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist im entsprechenden Mietvertrag im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung die Aufgabe der Bezirksverwaltungsstelle Ost in Handorf wirtschaftlich sinnvoll und möglich?“

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

Anfrage Nr. AFO/0007/2010
FDP-Fraktion
Herr Moths

Schülerspezialverkehre

„Können unter Beteiligung der betroffenen Eltern die bisherigen Schülerspezialverkehre in Form eines Bürgerbus-Modells, wie man es aus dem ländlichen Raum kennt, durchgeführt werden?“

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

Punkt 5 der Tagesordnung**Stellungnahme der Verwaltung zu Anregungen der Bezirksvertretung/von Mitgliedern und Abgabe neuer Anregungen/Anträge**

Es lagen keine Stellungnahmen der Verwaltung zu Anregungen und Anträgen vor.
Neue Anregungen/Anträge wurden nicht eingebracht.

Punkt 6 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Frau **Klimek** wird in Begleitung von Herrn **Steinmann** am 24. Dezember wieder im Namen der Bezirksvertretung die Soldaten in der Lützow-Kaserne beschenken.

Traditionell zum Jahresende werden Frau **Klimek** und Frau **Mix** wieder das Hospiz Lebenshaus besuchen. Es bestand Einvernehmen darüber, dass beide im Namen der Bezirksvertretung einen Scheck über 300 Euro überreichen.

Am 11. Dezember wird in Gelmer und am 12. Dezember in Handorf jeweils ein Weihnachtsmarkt stattfinden. Frau **Klimek** bat um rege Teilnahme.

Herr **Koltermann** erinnerte an die Auflistung der Musikinstrumente aller Schulen im Stadtbezirk.

Herr **Balsliemke** fragte nach dem Sachstand zum Antrag „Einrichtung einer Fahrradstraße am Pleistermühlenweg“.

gez.
Klimek
Bezirksbürgermeisterin

gez.
Groh
Schriftführung